

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bäume schützen, AnwohnerInnen informieren, Wasserschifffahrtsamt stoppen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, für die Sicherung und Sanierung von Kaimauern und Uferbefestigungen an Bundeswasserstraßen in Berlin in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bezirken und dem Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin folgende Verfahrensweise mit dem Ziel eines weitestgehenden Erhalts des Baumbestandes zu vereinbaren:

Über Einzelmaßnahmen hinausgehende Baumpflegemaßnahmen und Baumfällungen an Wasserstraßen werden nur in Kooperation mit dem Senat oder den örtlich betroffenen Bezirken durchgeführt. Das Abgeordnetenhaus oder die örtlich betroffenen Bezirksverordnetenversammlungen sowie die Berliner Landesgemeinschaft Naturschutz werden rechtzeitig vor der Umsetzung der geplanten Maßnahmen über diese informiert und auf Wunsch dazu angehört.

Die AnwohnerInnen der betroffenen Abschnitte der Wasserstraßen werden frühzeitig und umfassend über die geplanten Maßnahmen informiert und die Notwendigkeit der geplanten Maßnahmen begründet.

Der Senat wird aufgefordert, gegenüber dem Wasserschifffahrtsamt Berlin auf die zügige Instandsetzung der sanierungsbedürftigen Uferabschnitte und einen den örtlichen Gegebenheiten angepassten Schiffsverkehr zu drängen. Sofern notwendig, ist der Schiffsverkehr zugunsten des Baumschutzes einzuschränken.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2007 zu berichten.

Begründung

Die Pläne des Wasserschifffahrtsamtes, als Reaktion auf unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen und die Übernutzung des Gewässers am Landwehrkanal großflächig den Baumbestand zu dezimieren, ist zu Recht auf den entschiedenen Protest der AnwohnerInnen und der Umweltverbände gestoßen. Auch wenn jetzt ein Baumfällmutorium und die Prüfung von Alternativen zur Fällung einer Vielzahl von Bäumen vereinbart wurde, ist der weitere Umgang des Wasserschifffahrtsamts Berlin mit dem Baumbestand an Wasserstraßen unklar.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind über die Internetseite
www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) einzusehen.

Bereits in der Vergangenheit wurden Baumfällungen an Berliner Wasserstraßen ohne Einflussmöglichkeit der zuständigen Fachämter und ohne Information der AnwohnerInnen und der Umweltverbände durchgeführt. Ein solcher Zustand ist in einer Metropole wie Berlin, die sich zu Recht ihrer grünen Wasserstraßen rühmt und die das Engagement vieler BerlinerInnen für das städtische Grün bitter nötig hat, nicht hinnehmbar.

Auch angesichts weiterer geplanter Baumfällungen wie z.B. an der Spree sollte der Senat daher alles tun, um mit dem Wasserschiffahrtsamt ein Verfahren zu vereinbaren, dass bei für notwendig erachteten Baumpflegemaßnahmen und Baumfällungen das Fachwissen der zuständigen Senatsverwaltung bzw. der zuständigen Abteilungen in den Bezirken zum Tragen kommt. Verbunden mit einer detaillierten Information der betroffenen Öffentlichkeit können so nicht nur unnötige Baumfällungen verhindert werden. Das Wasserschiffahrtsamt entginge auch der Gefahr, sich zum Buhmann der Nation zu entwickeln.

Berlin, den 27. Juni 2007

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Behrendt Ziller
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen